

Kandidaturen, Landesparteitag 17./18. März 2018



Monika Huschenbett

Gremium: Landesvorstand

Wahlamt: Mitglied

Geburtsdatum: 27. Juli 1955

Familie: verheiratet

Wohnort: Rüdersdorf bei Berlin

Beruf/Tätigkeit: Dipl. Mathematikerin / Altersteilzeit
Freistellungsphase

Kontakt: moni.krueger@t-online.de

Politischer Werdegang:

seit 1983 Mitglied SED / PDS / PDS.Linke / Die LINKE

Kreistagsmitglied Landkreis Fürstenwalde, ab 1994 bis 2010 Oder-Spree (LOS), seit 1991 als Fraktionsvorsitzende

2010 - 2017 Amtsleiterin in der Kreisverwaltung des Landkreis Oder-Spree

aktuell Sachkundige Einwohnerin in der Gemeindevertretung Rüdersdorf und im Kreistag Märkisch-Oderland (MOL)

Politische Funktionen:

mehrfach Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. Oder-Spree, aktuell stellv. Vorsitzende des Kreisvorstandes Märkisch-Oderland

Begründung der Kandidatur

Meine politische Tätigkeit seit 1990 war und ist intensiv mit den Kreisverbänden Oder-Spree und Märkisch-Oderland der Linkspartei und ihrer Vorgänger verbunden. In beiden Kreisverbänden war bzw. bin ich in Funktionen im jeweiligen Kreisvorstand tätig, neu im Kreisvorstand MOL als stellvertretende Kreisvorsitzende. Daher sind mir die vergleichbaren Belange und Nöte der beiden Kreisverbände – auch in ihrer regionalen Unterschiedlichkeit zwischen dem östlichen Berliner Stadtrand und der Grenzregion nach Polen an der Oder – vertraut. Ich möchte deshalb einerseits diese Belange und Nöte stärker im Landesvorstand zur Sprache bringen – gerade auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und

Kandidat*innenfindung für die Kommunalvertretungen – und zur möglichen Unterstützung durch den Landesvorstand beitragen.

Andererseits finden meines Erachtens kritische Stimmen und Hinweise aus den Basis- und Kreisorganisationen zu politischen Vorhaben auf Landesebene, auch in der Landesregierung, zu wenig Würdigung. Die nunmehr gescheiterte Kreisgebietsreform war hierfür aus meiner ganz persönlichen Wahrnehmung ein sehr prägnantes Beispiel. Ich möchte dazu beitragen, dass wir ein besseres gleichberechtigtes Miteinander von Landes- und kommunaler Ebene erreichen.